



INHALT

- 01** UNTEILBAR FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT
- 02** ERFAHRUNGSBERICHT EINER BETROFFENEN
- 03** VOR ORT: ANGERMÜNDE, GUBEN, CALAU & PRENZLAU
- 04** KURZNACHRICHTEN, REZENSION, KONTAKT

UNTEILBAR FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Unterstützen Sie unsere Arbeit und helfen Sie Betroffenen mit Ihrer Spende

Einige Wochen sind seit den rassistischen Demonstrationen in Chemnitz (Sachsen) und kurz darauf in Köthen (Sachsen-Anhalt) vergangen. Rechte Angriffe sind seit den Ereignissen weiter auf ein unerträgliches Maß angestiegen. Allein im Monat nach dem gewaltsamen Tod von Daniel H. (35) in der Nacht vom 24./ 25. August 2018 in Chemnitz und der anschließenden rassistischen Mobilisierung registrierte der *Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt* bundesweit 93 neue Fälle rechter Gewalt.

Doch auch der Protest gegen die rassistische Stimmung ist sichtbarer geworden: Etwa 65.000 Menschen setzten in Chemnitz auf dem antirassistischen Konzert *Wir sind mehr* ein Zeichen. Im Oktober demonstrierten wir gemeinsam mit 200.000 Menschen auf der *Unteilbar*-Demonstration für eine solidarische Gesellschaft und forderten an der Spitze des Demonstrationzuges Solidarität mit Betroffenen.

Die Ereignisse von Chemnitz hätten ebenso in Brandenburg stattfinden können: Seit Anfang des Jahres beobachten wir in Cottbus eine ähnliche Mischung aus Instrumentalisierung sexualisierter Gewalt, rassistischer sowie antidemokratischer Stimmung. Sie wird geschürt durch Neonazis, rechte Hooligans, die AfD und den rassistischen Verein *Zukunft Heimat*, der selbst im öffentlich-rechtlichen Fernsehen eine Bühne bekommt.

Cottbus ist nicht unsere einzige Sorge im Land Brandenburg. Inzwischen steigen auch die Fallzahlen im Norden des Landes stark an. Besonders häufig sind unsere Berater*innen momentan in der Uckermark, vor allem in der Stadt Prenzlau, unterwegs. Die Situation für Geflüchtete ist schlicht unerträglich. Auch Engagierte gegen Rechts haben es in der Region schwer, wie das Beispiel Angermünde zeigt. Hier muss sich das Bürgerbündnis gegen Anfeindungen von Neonazis wehren (zu beiden Städten mehr auf Seite 3).

Rechte Gewalt und rassistische Diskriminierung betreffen alle, die in einer offenen und solidarischen Gesellschaft leben wollen. In Zeiten einer erstarkten rechten Mobilisierung und autoritären Sehnsüchten ist es umso wichtiger, an der Seite der Betroffenen zu stehen, diese zu bestärken und zu unterstützen. Hilfe für Betroffene rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung verlangt ein dauerhaftes Engagement.

Wir möchten uns bei allen Menschen bedanken, die die *Opferperspektive* mit ihrer Spende unterstützen und unsere Arbeit seit längerem begleiten. Sie ermöglichen es uns, Betroffene, die durch einen Angriff in Notlage geraten sind, finanziell zu unterstützen oder erforderliche Eigenanteile für die Durchführung einer Vielzahl von Projekten aufzubringen.

Wenn auch Sie unsere Arbeit unterstützen wollen, dann spenden Sie oder werden Sie Fördermitglied!

„WIR MÜSSEN ÜBER RASSISMUS REDEN“ Erfahrungsbericht einer Frau mit Migrationsvordergrund



Vor wenigen Wochen wurde ich mit meiner 2-jährigen Tochter beim Einkauf in Strausberg zuerst verbal, und schließlich körperlich von einer älteren Dame angegriffen. Auslöser hierfür war die Tatsache, dass ich mit meiner Tochter persisch gesprochen hatte. Nachdem ich meine Freiheitsrechte ebenfalls verbal verteidigte und die feindlichen Beschimpfungen dennoch nicht endeten, machte ich die Frau darauf aufmerksam, dass sie vor einem Kleinkind doch wenigstens den Anstand wahren sollte, ihr „Nazigelaber“ bei sich zu behalten. Daraufhin wurde ich vor den Augen meiner Tochter mehrmals geschlagen. Eine befreundete Mutter aus der Kita meiner Tochter und ihr Mann waren die einzigen, die mir in dem gut besuchten Supermarkt zu Hilfe kamen.

Der Übergriff auf mich und meine Tochter hallt noch immer in mir nach. Nicht nur schlaflose Nächte, auch wiederholte Fragen meiner Tochter zu dem Vorfall haben mich dazu bewogen,

das Ereignis hier in einem Kontext zu beleuchten, der uns alle, sowohl in der kleinen Gemeinde, als auch weit darüber hinaus, etwas angeht.

Rassismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Das klingt leicht dahergesagt, ist aber leider angesichts der tagtäglichen rassistischen Übergriffe in Deutschland noch immer kein selbstverständlicher Fakt. Es ist nach wie vor erschreckend, dass Zwei- oder Mehrsprachigkeit, ein nicht-deutscher Name, ein nicht-deutsches Äußeres (was auch immer das sein mag) oder andere Ambiguitäten oftmals nicht ausgehalten werden oder zumindest für so viel Unbehagen sorgen können, dass sie nicht nur den Alltag der Betroffenen verändern, sondern auch aggressive Übergriffe zur Folge haben können.

Ich lebe also nach über 33 Jahren in Deutschland nicht etwa mit einem Migrationshintergrund, sondern mit einem Migrationsvordergrund. In Großstädten wie Berlin passieren solche Vorfälle

ebenso wie in der Märkischen Schweiz oder im Osnabrücker Land. Dort bin ich aufgewachsen und kann mich gut daran erinnern, wie ich selbst, aber öfter noch meine Eltern sich kaum traute, sich zu verteidigen oder vor rassistischen Angriffen zu schützen. Für ein Kind ist das schwer auszuhalten und es prägt die Sicht auf die Welt nachhaltig. Das möchte ich für meine Tochter verhindern.

Wir müssen über die Missstände sprechen, die uns allen früher oder später auf die Füße fallen werden. Wir müssen uns klar sein, dass Menschen im Deutschen Bundestag sitzen, die eine ganze Volksgruppe als „Kümmelvolk“ und eine Religionsgemeinschaft als „Kameltreiber“ bezeichnen. Wir müssen solche und andere Aussagen als „Nazigelaber“ bezeichnen dürfen, ohne uns schuldig zu fühlen. Wir müssen vielleicht noch weitere 33 Jahre über Rassismus und Diskriminierung sprechen, wenn jemand wie ich nach 33 Jahren in Deutschland noch immer als „Frau aus dem Iran“ bezeichnet wird (Polizeibericht vom 09.07.2018).

Und wir müssen erst recht über Rassismus sprechen, wenn – statistisch gesehen – die Anwesenheit von Kindern mit Migrationsvordergrund bei derartigen Übergriffen das Aggressionspotenzial vieler Menschen erhöht, statt es zu beschwichtigen. Denn die Tatsache, dass auch Menschen mit Migrationsvordergrund Kinder bekommen, scheint in manchen Teilen der Bevölkerung ein massives Problem darzustellen. Das sollte uns allen zu denken geben. Denn auch das ist leider eine von vielen Realitäten in unserer Gesellschaft.

Dies ist die gekürzte Version eines Artikels, der zuerst im Prötzeler Kurier erschien und vollständig auf www.opferperspektive.de veröffentlicht ist. Die Autorin lebt in einer kleinen Gemeinde in Brandenburg und wird von der Opferperspektive begleitet.

GUBEN

Im Sommer dieses Jahres wandte sich die 18-jährige Dahlia an die *Opferperspektive*. Ihr Vater Farid Guendoul war im Februar 1999 von rechten Schlägern in Guben durch die Stadt gehetzt worden und an seinen tödlichen Schnittverletzungen verstorben. Dahlia hatte von der evangelischen Gemeinde Guben eine Einladung zur Übergabe von Spendengeldern erhalten, die damals für die hinterbliebene Freundin Farid Guendouls sowie seine ungeborene Tochter gesammelt worden waren. Der Brief der Gemeinde löste in ihr gemischte Gefühle aus, da sie fürchtete, bei einem offiziellen Treffen in Guben erneut mit einer Verharmlosung der rassistischen Hetzjagd konfrontiert zu werden, so wie sie es aus den Erzählungen ihrer Mutter kannte. Die Befürchtungen wurden nicht bestätigt. In einem bewegenden Treffen mit der Integrationsbeauftragten der Stadt und Vertreter*innen der Kirchengemeinde, die die Spendengelder treuhänderisch verwaltet hatte, berichtete Dahlia, wie sie mit dem Wissen um die tödliche rassistische Tat ohne Vater aufgewachsen war. Ernüchternd war der anschließende Besuch des Gedenkortes, eines schmucklosen, nur schwer auffindbaren Steins in der Nähe des Tatortes. Es ist Dahlias ausdrücklicher Wunsch, sich auch auf diesem Weg herzlich bei den Menschen zu bedanken, die damals Anteilnahme zeigten und für ihre Mutter und sie sammelten und spendeten.

ANGERMÜNDE

Das *Bündnis für eine gewaltfreie, tolerante und weltoffene Stadt Angermünde* engagiert sich seit 20 Jahren gegen Neonazismus und Rassismus - gegründet in einer Zeit als Angermünde als rechte Stadt galt. Dieses Image hat sie heute zwar nicht mehr, rechte Aktivitäten gibt es jedoch weiterhin. Verantwortlich dafür ist vor

allem die neonazistische Kleinstpartei *Der Dritte Weg*, die hier einen Regionalstandpunkt aufbaute. Ins Blickfeld der *Opferperspektive* gerät die Partei, seitdem auf deren Webseite politische Gegner*innen diffamiert werden. Insbesondere hetzen die Neonazis gegen den Sprecher des Bürgerbündnisses und die von ihm initiierte Aktion „Wir lassen uns keine kleben“: Mit Bürste und Putzeimer gehen engagierte Bürger*innen gegen politische Propaganda im öffentlichen Raum vor, welche in Angermünde nur allzu oft den AktivistInnen von *Der Dritte Weg* zuzuordnen ist. Infolge der rechten Hetze, gegen die auch juristisch vorgegangen werden soll, hat die Putzaktion in den letzten Monaten an Unterstützung gewonnen.

CALAU

„Wir kriegen euch“ steht in großen Buchstaben an einer Wand unmittelbar am Tatort (Bild unten). Die Drohung gilt offenbar Aktivist*innen von *Techno23*, ein Kollektiv, das sich gegen Rassismus ausspricht. An einem Sommerabend im Juli ist eine Gruppe von sechs bis acht Männern auf der Suche nach Menschen von *Techno23*, die, so vermuten sie, rechte Aufkleber abkratzen. Im fälschlichen Glauben, ihre politischen Gegner*innen ausgemacht zu haben, treffen die Männer auf ein junges Paar und ihren Begleiter. Vermummt und teilweise mit Mundschutz und Schlagwerkzeug ausgestattet, rennen sie auf die Frau, die zu dem Zeitpunkt im sechsten Monat schwanger ist, ihren Lebensgefährten und einen gemeinsamen Freund zu. Bei dem Versuch zu fliehen

stürzt die schwangere Frau und zieht sich Bauchverletzungen zu. Ihr Partner wird mit einem Schlag traktiert.

PRENZLAU

In der kleinen Stadt im äußersten Nordosten des Landes Brandenburgs muss die *Opferperspektive* regelmäßig aktiv werden. Immer wieder werden hier Nichtdeutsche aus rassistischen Gründen beleidigt und geschlagen. Auch ansonsten berichten vor allem Geflüchtete von einem feindlichen Klima in der Stadt. Die Atmosphäre steter Gewaltdrohung ist vor allem für Menschen, die in ihren Herkunftsländern und auf dem Weg nach Deutschland Gewalterfahrungen gemacht haben extrem belastend und verursacht oder verstärkt psychische Störungen. So versuchte z.B. in diesem Sommer ein junger Geflüchteter, nachdem er zweimal rassistisch angegriffen wurde, sich das Leben zu nehmen. Derartige Fälle führen auch die Mitarbeiter*innen der *Opferperspektive* an ihre Grenzen: die abgelegene Lage Prenzlau erschwert es, dort häufig persönlich präsent zu sein, manche Probleme lassen sich aber telefonisch aus der Ferne nur schwer regeln. Dazu kommt, dass im Falle von psychisch belasteten Geflüchteten mit vielen Stellen (Polizei, Ausländerbehörde, Sozialamt, Krankenhäusern...) Fragen zu klären sind. Anderweitige Hilfsstrukturen und Netzwerke, vor allem für jugendliche Migrant*innen, sind in der Region jedoch nur schwach ausgebildet oder gar nicht existent. Unter diesen Bedingungen ist eine Verbesserung der Lebensumstände der Betroffenen nur schwer möglich.



AUS DER ARBEIT DER OPFERPERSPEKTIVE

ERFOLGREICHE ANTIRASSISMUSTAGUNG

Etwa 120 Menschen nahmen am 19. November an unserer Tagung *Antirassismus in Zeiten rechter Mobilisierung* im Bürgerhaus am Schlaatz teil. Vorträge, vier Fachforen sowie die internationale Podiumsdiskussion am Abend fragten nach praktischen Handlungsmöglichkeiten, um Betroffene von rassistischer Diskriminierung und Gewalt zu schützen. Diskutiert wurde unter anderem über Engagement im Netz, zivilgesellschaftliche und rechtliche Interventionsmöglichkeiten.

CHRONIK DER JAHRE 2015 UND 2016

Seit 2015 sind die Angriffszahlen rechter Gewalt in einem Maße in die Höhe geschneit, welches die Opferperspektive seit Beginn ihres Monitorings 2002 nicht erlebte. Auch die rechte Straßenmobilisierung nahm in dieser Zeit enorm zu. Die *Opferperspektive* hat eine umfangreiche Dokumentation rechter Aktivitäten und Gewalttaten sowie eine interaktive Karte mit detaillierten Informationen zu allen Landkreisen erstellt. Zu finden unter: www.opferperspektive.de.

BUNDESWEITE AUSSTELLUNG ERNEUERT

Nachdem wir im Sommer eine Ausstellung zu den Todesopfern rechter Gewalt in Brandenburg erstellten, überarbeiten wir derzeit unsere bundesweite Wanderausstellung *Opfer rechter Gewalt seit 1990*. Seit der letzten Aktualisierung im Jahr 2012 sind 21 weitere Menschen aus rassistischen, antisemitischen, sozialdarwinistischen Motiven oder aufgrund politischer Feindschaft getötet worden. Ab Februar 2019 ist die Ausstellung auszuleihen.

DAS PRINZIP OPFERPERSPEKTIVE

Die Studie von Gesa Köbberling vermittelt einen umfassenden Einblick in die Arbeitspraxis der Beratungsstellen für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt. Die Autorin ist hierfür einen ungewöhnlichen Weg gegangen, den sie aus der subjektwissenschaftlichen Praxisforschung entwickelt hat. Sie begann als Hospitantin in einer Opferberatungsstelle, um sich ihrer Forschungsfrage anzunähern: Wie setzen die Beratungsstellen ihren programmatischen Anspruch um, über die unmittelbare psychosoziale Beratung und Unterstützung der Betroffenen rechter Gewalt hinaus im lokalen Raum gesellschaftliche Veränderungsprozesse anzuregen und die

Betroffenenperspektive zu stärken? Die exemplarischen Fallanalysen, für die Gesa Köbberling Berater*innen und Betroffene interviewte, beschreiben eindrücklich die subjektiven Folgen rechter Gewalttaten als Botschaftstaten, die weit über das singuläre Ereignis hinausreichen. Deutlich wird, wie häufig weniger die Schwere der Gewalt einer erfolgreichen Bewältigung entgegensteht, sondern vielmehr die fehlende Anerkennung oder gar erneute Demütigung der Betroffenen im nahen lokalen Umfeld. Die Autorin verortet ihre Studie im Kontext der Debatten um ein politisches Mandat in der Sozialen Arbeit. Sie leistet darüber hinaus v.a. in den einflussreichen Kapiteln eine ausführliche Darstellung der Entwicklung des „Prinzips Opferperspektive“ im Spiegel der

politischen Auseinandersetzungen um Entstehung und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus seit den 1990er Jahren.



Gesa Köbberling

„Beratung von Opfern rechter und rassistischer Gewalt“, transcript Verlag, Bielefeld, 2018, 34,99 Euro

SPENDENKONTO

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT

KONTO: 381310 BLZ: 10020500 IBAN: DE34 1002 0500 0003 8131 00 BIC: BFSWDE33BER

IMPRESSUM

OPFERPERSPEKTIVE E. V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164 | 14482 Potsdam

+49 (0)331 8170000

@ info@opferperspektive.de

+49 (0)331 8170001

www.opferperspektive.de

Redaktion: Christin Jänicke



Gefördert aus Mitteln des

